

13.05.92

Antrag

des Landes Niedersachsen

zum

Entwurf eines Gesetzes zur Verjährung von SED-Unrechtstaten
(VerjährungsG)

- Antrag der Länder Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen,
Sachsen-Anhalt und Thüringen -

Punkt 6 der 642. Sitzung des Bundesrates am 15. Mai 1992

Der Bundesrat möge beschließen:

Den Entwurf des Gesetzes in der Fassung der Empfehlung der Ausschüsse
(Drs. 141/1/92) mit folgenden Änderungen einzubringen:

In A Zielsetzung:

In der zweiten Zeile statt "SED-Unrechtstaten": "DDR-Unrechtstaten",
in der letzten Zeile statt "im SED-Staat": "in der DDR".

Die Überschrift des Gesetzes wird wie folgt gefaßt:

"Entwurf eines Gesetzes zur Verjährung von DDR-Unrechtstaten"

Art. 1 im letzten Absatz in der zweiten Zeile wird wie folgt geändert:

Statt "SED-Unrechtsregimes": "DDR-Unrechtsregimes"

- 2 -

Ausgeliefert am 14. Mai 1992

In der Begründung unter A Allgemeines Ziffer 1

in der ersten Zeile statt "SED-Unrechts": "DDR-Unrechts",

in der vierten Zeile statt "der SED": "der DDR",

im zweiten Absatz in der neunten Zeile statt "SED-Unrechtsregime": "DDR-Unrechtsregime".

In der Begründung unter A Allgemeines unter Ziffer 2. im letzten Absatz in der dritten Zeile statt "SED-Unrechtsregime": "DDR-Unrechtsregime"

In der Begründung unter A Allgemeines Ziffer 2. wird dem letzten Absatz folgender Satz angefügt: "Aber auch Mitglieder von Blockparteien waren an der Schaffung und Aufrechterhaltung von Unrecht in der DDR beteiligt."

In der Begründung unter B zu den einzelnen Vorschriften: Zu Artikel 1: Im sechsten Absatz in der dritten Zeile statt "SED-Unrechtsregime": "DDR-Unrechtsregime".

Begründung (gegenüber dem Plenum):

Die Änderungsanträge zielen darauf ab, präzisere Formulierungen für das Gewollte zu wählen.

Mit der Bezeichnung "SED-Unrechtstaten" wird suggeriert, daß nur dieser "Partei" und ihren Mitgliedern das in der DDR begangene Unrecht zuzuordnen sei. Dagegen muß beachtet werden, daß Mitglieder der Blockparteien CDU, LDPD, NDPD und DBP in höchsten Staatsämtern der DDR aktiv waren. Die Herren Gerlach (LDPD), Götting (CDU), Homann (NDPD) und Mecklenburg (DBP) waren stellvertretende Mitglieder des Staatsrates der DDR und in den Vorständen ihrer Parteien vertreten.

Das "Grenzgesetz" vom 25.03.1982 (z. B.) ist nicht nur von SED - sondern auch von Mitgliedern der Blockparteien in der Volkskammer gebilligt worden. "Liberale" wie die Herren Wünsche und Heusinger waren ab 1967 Justizminister der DDR.